

II-~~10726~~ der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5396 /J

1990-04-11

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Blünegger, Dr. Partik-Pablé  
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales  
betreffend nachteilige Folgen der Anerkennung als begünstig-  
ter Behinderter

Zahlreiche Behinderte beklagen sich darüber, daß sie durch  
ihre Einstufung als begünstigte Behinderte im Sinne des  
Behinderteneinstellungsgesetzes erhebliche Schwierigkeiten  
auf dem Arbeitsmarkt haben. Viele Arbeitgeber zahlen lieber  
Ausgleichstaxe, als daß sie die mit der Einstellung des  
begünstigten Behinderten verbundenen Erschwernisse für ihren  
Betrieb auf sich nehmen würden. Dies führt dazu, daß gerade  
begünstigte Behinderte von den Betrieben kaum eingestellt  
werden und viele von ihnen ihre "Begünstigung" bereits  
verschweigen, um so einen normalen Arbeitsplatz zu bekommen.

Das Behinderteneinstellungsgesetz wirkt sich also bei der  
Arbeitssuche eher negativ aus, was sicherlich nicht dem Sinne  
des Gesetzeswerkes entspricht. In diesem Zusammenhang richten  
die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister  
für Arbeit und Soziales die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des BEinstG auf die  
arbeitssuchenden Behinderten?
- 2) Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Stellung  
begünstigter Behinderter auf dem Arbeitsmarkt zu erleich-  
tern?
- 3) Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, anstatt der "Straf-  
bestimmungen" wie zum Beispiel der Ausgleichstaxe vermehrt  
positive Anreize zur Einstellung benachteiligter Personen-  
gruppen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen?